

Vorläufige Stellungnahme der SPD-Bürgerschaftsfraktion zur Strukturuntersuchung bei den Freiwilligen Feuerwehren

Der Arbeitskreis Inneres der SPD-Bürgerschaftsfraktion nimmt nachfolgend gemäß den Vorgaben der Behörde für Inneres fristgerecht bis zum 13. August 2004 zur Strukturuntersuchung bei den Freiwilligen Feuerwehren Stellung. Grundlage für diese Stellungnahme sind zahlreiche mit den Freiwilligen Feuerwehren geführte Gespräche und Fragebogen-Aktionen mit zahllosen Wehrführern. Wir erheben damit den Anspruch, hier auch durchaus repräsentative Willensbildungen von der Feuerwehr-Basis aus den Stadtteilen an die Behörde für Inneres weiterzugeben.

Im Rahmen unserer intensiven Basis-Beteiligung führen wir am 17. August 2004 ein Hearing im Rathaus durch, zu dem zahlreiche Wehren zugesagt haben. Sollten nach unserem Hearing mit den Freiwilligen Feuerwehren weitere Gesichtspunkte hinzukommen, werden wir diese in der nächsten Kalenderwoche nachreichen.

1. Vorbemerkungen

Rund 2500 Menschen engagieren sich in Hamburgs Freiwilligen Feuerwehren, mehr als 700 Mädchen und Jungen sind zudem in den Jugendfeuerwehren aktiv. Ihr freiwilliger Einsatz ist von unschätzbarem Wert für die Sicherheit Hamburgs im Alltag, aber auch im Katastrophenschutz und bei besonderen Lagen. Jegliche Überlegungen zu grundlegenden Veränderungen der Wehren haben dieses große Engagement und ihre besonderen ehrenamtlichen Strukturen nicht nur von Beginn an zu berücksichtigen, sondern bis in die Entscheidungsfindung hinein zu würdigen.

Nachdem eine erste, interne Untersuchung der Struktur der Freiwilligen Feuerwehren nicht zu durchgreifenden Ergebnissen geführt hat, haben sich Innenbehörde, Freiwillige Feuerwehr und Berufsfeuerwehr Anfang 2003 auf die Einschaltung eines unabhängigen Beratungsunternehmens geeinigt (Drs. 17/1717, 17/2403). Zugleich hat der damalige Staatsrat zugesagt, es sollten 87 Freiwillige Feuerwehren erhalten bleiben; die Gründung neuer Wehren in neuen Siedlungsgebieten solle gefördert werden. Kurz vor der Bürgerschaftswahl 2004 hat der damalige Innensenator Nockemann die Bestandsgarantie des Senats erneuert.

Die Unternehmensberatung Mummert Consulting hat Mitte April 2004 einen „Entwurf“ ihres Gutachtens zur Strukturuntersuchung bei den Freiwilligen Feuerwehren vorgelegt. Mittlerweile ist das Gutachten offiziell abgenommen worden. Ziel dieser – rund 168.000 € teuren – Untersuchung ist nach Senatsangaben, die Zusammenarbeit zwischen Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren in organisatorischer und logistischer Hinsicht zu verbessern. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass zukünftig nur noch 58 der historisch gewachsenen und demokratisch organisierten 87 Wehren notwendig seien. Dieses Gutachten hat eine große Verunsicherung bei den Ehrenamtlichen und in der ganzen Stadt ausgelöst. Diese Verunsicherung hat der Auftraggeber – nämlich der Senat – zu verantworten.

2. Zur Untersuchung

Das teure Gutachten hat zu Recht viel Kritik erfahren. Die 168.000 € hätte man lieber direkt in die Freiwilligen Feuerwehren investieren sollen. Wir warnen die Behörde für Inneres ausdrücklich davor, das fachlich in vielen Punkten fragwürdige und praxisfremde Gutachten als Blaupause für eine Strukturreform bei den Freiwilligen Feuerwehren zu verwenden. Einige Kritikpunkte seien beispielhaft genannt:

- Der grundsätzliche Webfehler an diesem Gutachten ist: Eine ehrenamtliche Institution wie die Freiwillige Feuerwehr kann man nicht mit Zirkel und Rechenschieber untersuchen. Viele Faktoren sind nicht betriebswirtschaftlich erfassbar - und damit für eine Untersuchung durch eine Unternehmensberatung ungeeignet.
- Außerdem hätten sinnvollerweise FF und BF gemeinsam untersucht werden müssen. Auch eine intensive Untersuchung der Schnittstellen BF und FF fehlt. Die Einseitigkeit des Gutachtens ist damit ein weiterer Kardinalfehler.
- Das Standortmodell für die Feuerwehren (S. 94ff.) ist fachlich fragwürdig. Hier nach sind nach dem einsatztaktisch abwegigen Raster des Gutachtens, der sog. Abdeckungskreise, im Direktionsbereich West die Wehren Eimsbüttel, Eppendorf, Fuhlsbüttel, Alsterdorf, Groß Flottbek, Eidelstedt, Blankenese, Altona, im Direktionsbereich Ost-Nord Hummelsbüttel, Oldenfelde-Siedlung, Oldenfelde, Meien-dorf, Sasel, Barmbek, Duvenstedt, Ohlstedt, im Direktionsbereich Ost-Süd, Lohbrügge, Öjendorf, Billwerder, Reitbrook, Hohendeich, Spadenland, Bergedorf oder Bille, Warwisch/Fünfhausen, Billstedt-Horn/Berliner Tor, Neuengamme, im Direktionsbereich Süd Moorwerder, Sinstorf, Neugraben, Neuenfelde-Süd, Harburg oder Eißendorf nicht erforderlich. Ein solches Modell, das sich allein an Abdeckungskreisen auf einem Stadtplan orientiert und z.B. geografische, verkehrliche und großlagenbezogene Rahmenbedingungen außer Acht lässt, darf sich nicht durchsetzen. Auffallend dabei ist insbesondere die Nichtberücksichtigung besonderer Gefährdungen, z.B. Flughafen, Industriegebiete, dabei insbesondere Standorte der Mineralöl- und Chemieindustrie, Eisenbahn- und andere Verkehrszentren. Eine so schematische Betrachtung wird den Gefahrenlagen der Stadt und den Strukturen bei den Freiwilligen (insbesondere der im Gegensatz zur BF jeweils notwendigen Anfahrt der Mannschaft zum Feuerwehrhaus) nicht gerecht. Wir fordern die Behörde auf, dieses Standortmodell zu verwerfen.
- Die gesellschaftliche Bedeutung der FF für die soziale Stadtteilarbeit und für den Zusammenhalt in den Stadtteilen ist in dem Gutachten völlig unterbelichtet. In vielen Stadtteilen werden die Wehren nicht als Wehren Hamburgs angesehen, sondern vor allem als die Feuerwehr ihres "Dorfes", in dem und für das sie gegründet wurden. Sie garantieren vor Ort innere Sicherheit, fördern soziale Integration und unverzichtbare Jugendarbeit, unterstützen mit großem ehrenamtlichem Engagement örtliche Veranstaltungen. Sie identifizieren sich mit ihrem Stadtteil und über ihren Stadtteil. Die Überlegungen des Gutachtens vernachlässigen diese Sichtweise und auch die negativen Konsequenzen einer verfügten Schließung einzelner Standorte oder Fusion. Hierbei handelt es sich aber um entscheidende Prämissen für die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr.
- Im Rahmen der Strukturuntersuchung der Freiwilligen Feuerwehren hat die Fa. Mummert Consulting für die 87 Wehren so genannte Steckbriefe erstellt, die Auskunft über die Strukturmerkmale der einzelnen Wehren geben sollen. Diese Daten scheinen unserer Ansicht in mehrfacher Hinsicht veraltet: So fehlen mit den Einsatzzahlen aus 2003 die jüngsten Zahlen – obwohl die Untersuchung erst in 2004 übergeben wurde. Zudem bleiben offenbar Modernisierungen und Instandhaltungen von Gerätehäusern, welche die Wehren oft in Eigenregie und auf eigene Kosten vorgenommen haben, außer Betracht. Damit eventuelle Entscheidungen auf zweifelsfreie Grundlagen gestellt werden können, haben wir eine Große Anfrage an den Senat gerichtet (Drs. 18/484). Wir erwarten, dass die Innenbehörde Konsequenzen nur auf eine zweifelsfreie Grundlage stützt.

3. Zum Verfahren

Stellungnahme der SPD-Fraktion zur Strukturuntersuchung bei der Freiwilligen Feuerwehr, Seite 3
Der Präses der Innenbehörde hat eine breite Beteiligung aller Betroffenen angekündigt und darum gebeten, Vorschläge und Ideen zur Untersuchung bis nach der Sommerpause 2004 zu übermitteln. Diesen Beteiligungsansatz begrüßen wir. Verwundert waren wir darüber, dass in der Sommerpause dann ein „Einsendeschluss“ datumsmäßig festgelegt wurde, der z.B. den parlamentarisch legitimierten Gremien im – von Strukturreformen besonders betroffenen – Bezirk Harburg eine ordnungsgemäße Stellungnahme nicht mehr ermöglicht.

Die Stellungnahmen sollen in der Folge von einer internen Arbeitsgruppe der Innenbehörde geprüft werden; Entscheidungen sollen noch bis Ende August 2004 fallen. In diesem Stadium ist aber keine Rückkopplung oder anderweitige Beteiligung der Betroffenen mehr vorgesehen. Angesichts dieser Vorgehensweise ist zu befürchten, dass die „breite Beteiligung“ der Betroffenen am Briefkasten der Innenbehörde endet. Welche Vorschläge und Einwände die Behörde erreichen und inwieweit sie dort ernst genommen werden, bleibt im Dunkeln. Diese intransparente Vorgehensweise, die Innenbehörde und CDU-Fraktion hier offenbar verabredet haben (nicht anders war die Behandlung im Innenausschuss am 10. August zu deuten), lehnen wir ab. Nur eine vollständige Unterrichtung der Bürgerschaft stellt sicher, dass die Innenbehörde den Beteiligungsprozess tatsächlich – wie von ihr versprochen – „umfassend“ gestaltet und ihre Entscheidungen aufgrund einer angemessenen Würdigung sämtlicher Stellungnahmen trifft.

Zwar ist nach dem Feuerwehrgesetz die Innenbehörde zuvörderst zu Standortentscheidungen bei der Freiwilligen Feuerwehr berufen. Wir meinen aber: Die Bürgerschaft sollte in dieser zentralen Frage für die Innere Sicherheit in unserer Stadt umfassend an der Entscheidungsfindung beteiligt werden. Die Innenbehörde muss in Würdigung der Stellungnahme der Bürgerschaft ihre abschließenden Entscheidungen treffen. Eine einsame Entscheidung der Innenbehörde am „grünen Tisch“ wird der gesamtpolitischen Dimension des Themas nicht gerecht. Auch dies lehnen CDU-Mehrheit und Innenbehörde ab. Eine öffentliche Beteiligung und Befassung im Innenausschuss soll es erst geben, wenn die Behörden-Entscheidung gefallen ist. Warum? Dies trägt eher zu mehr Verunsicherung in den Wehren bei und schafft kein Vertrauen in eine Reform, die für lange Bestand haben soll.

4. Zu Veränderungen bei den Freiwilligen Feuerwehren

a) Bestandsgarantie & Förderung neuer Standorte

Wir bedauern außerordentlich, dass die Behörde für Inneres sich nicht in der Lage gesehen hat, schon zu Beginn des Reformprozesses den bestehenden Wehren der Freiwilligen Feuerwehr in Hamburg eine Bestandsgarantie zu geben bzw. die vor der Wahl gegebene Bestandsgarantie zu erneuern. Die Behörde für Inneres, der Senat und die den Senat tragende CDU-Fraktion tragen damit die Verantwortung für die über Monate steigende Verunsicherung in den Wehren. Eine frühzeitige Erneuerung der Bestandsgarantie hätte den Reformprozess befördert und nicht behindert.

Mit Nachdruck erneuern wir daher unsere Forderung nach einer Bestandsgarantie der 87 Wehren. Hamburgs Sicherheit braucht alle Wehren: Wir wollen auf keinen der rund 2500 Aktiven verzichten! Die Anzahl der FF-Angehörigen muss erhalten bleiben – und durch gezielte Nachwuchsgewinnung (insbesondere über die zu fördernde und auszubauende Jugendfeuerwehr) gesteigert werden. Alle Experten sagen voraus, dass bei (Zwangs-) Zusammenlegungen von Wehren große Anteile der Ehrenamtlichen ihren Dienst quittieren werden. Das darf nicht passieren. Zusammenlegungen dürfen nur dann in Betracht gezogen werden, wenn die betroffenen Wehren selbst entsprechend initiativ werden („Fusion von unten“). Mit Druck von oben wird nur Frust erreicht. Das kann nicht im Interesse der Sicherheit dieser Stadt sein.

Die Freiwilligen Feuerwehren stellen in den Stadtteilen eine unverzichtbare Möglichkeit für ehrenamtliches Engagement der Bürger dar. Eine herausragende Bedeutung kommt dabei der Jugendarbeit zu. Daher werden – zum Erhalt und zur Ausweitung des Personalbestandes der FF - die Vorschläge begrüßt, den Übergang von der Jugendfeuerwehr zur aktiven Abteilung harmonischer zu gestalten, um die Austrittsquote beim Übergang in die Einsatzabteilung zu verringern, und attraktive Veranstaltungsangebote für die gewollt wachsende Anzahl der jugendlichen Feuerwehrleute finanziell stärker zu unterstützen (vgl. S. 132 ff. des Gutachtens).

Die Strukturuntersuchung hat bei den Abdeckungskreisen auch kleinere Lücken im dichten Feuerwehernetz offenbart. Hier sollte ggf. die Gründung neuer Freiwilligen Feuerwehren gezielt gefördert werden, ebenso in neuen Siedlungsgebieten. Die Ausbaupotentiale bei den Freiwilligen Feuerwehren müssen aktiv genutzt werden.

b) Reformen im Konsens & Planungssicherheit für die Wehren

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist klare Prämisse, dass Reformschritte bei den Freiwilligen Feuerwehren nur gelingen können, wenn sie im Konsens mit den Betroffenen gegangen werden. Außerdem muss der zeitliche Horizont deutlich gemacht werden. Jetzt anzugehende Reformschritte müssen Ruhe und Planungssicherheit in die Freiwilligen Feuerwehren bringen. Die Wehren sollen sich auf lange Sicht um die Sicherheit und die Stadtteilarbeit kümmern – und nicht in drei Jahren wieder Existenzängste haben. Außerdem ist sicherzustellen, dass evtl. zu erzielende Einsparungen durch Strukturveränderungen ausschließlich in die Freiwilligen Feuerwehren reinvestiert und nicht zum Schließen von Haushaltslöchern anderswo zweckentfremdet werden.

c) Straffung der Führungsorganisation & eigener Haushaltstitel

Die in der Strukturuntersuchung vorgeschlagene Straffung der Führungsorganisation (vgl. S. 122 ff.) kann – muss aber nicht – einen strukturellen Reformbeitrag leisten. Gerade hier gilt: Strukturelle Veränderungen bei der Führungsorganisation, die Einrichtung eines „Management Landesbereichs“ und weitere im Gutachten genannte Handlungsoptionen dürfen nur im ausdrücklichen Konsens mit den Freiwilligen Feuerwehren (Beteiligung von Landes- und Bereichsführungen bis zur Wehrführerebene) vorgenommen werden; diese Fragen kann letztlich nur die FF selbst, nicht die Politik und die Behördenleitung abschließend beurteilen.

Die Straffung der Führungsorganisation und deren professionelle Ausstattung und Unterstützung könnten aber z.B. durch ein Führungsinformationssystem begleitet werden, mit welchem die Freiwillige Feuerwehr an den Entscheidungen auf der Führungsebene hinsichtlich Budgetplanung und –steuerung, Personalmanagement sowie Fahrzeugbeschaffung, -instandsetzung und –zuordnung beteiligt wird (vgl. S. 173 ff.). Im Übrigen gilt: Die demokratische Verfasstheit der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg ist ein hohes Gut, das gestärkt und weiterentwickelt werden muss. Der Grundsatz „Ehrenamt führt Ehrenamt“ darf durch Reformen in der Führungsorganisation nicht in Frage gestellt werden. Wir begrüßen, dass man sich auch in FF-Kreisen aktiv diesen Reformfragen bei der Führungsorganisation stellt. Die FF leistet damit gute Reformbeiträge. Das zeigt: Nur so kann eine Reform gelingen.

Ein eigener Haushaltstitel, ein eigenes Budget für die FF, ist eine schon lange erhobene Forderung der SPD-Fraktion. Insofern werden entsprechende Initiativen im Mummert-Gutachten (vgl. S. 166 ff.) ausdrücklich begrüßt. Wir fordern die Behörde für Inneres auf, für die Anschaffung, Wartung und Pflege der Ausrüstung für Einsätze und Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehr beginnend im Haushaltsplan 2005/2006

Stellungnahme der SPD-Fraktion zur Strukturuntersuchung bei der Freiwilligen Feuerwehr, Seite 5
einen eigenen Etat vorzusehen, der anteilig aus dem bisherigen Feuerwehr-Gesamtetat ausgegliedert wird. Die organisatorische Abwicklung muss FF-intern geklärt werden; entsprechende Bemühungen laufen hierzu bereits. Wichtig ist aber, dass die Budgetierung bis auf die Wehr-Ebene herunter gebrochen wird. Vor Ort weiß man am besten, was, wie und wann investiert und ausgegeben werden muss. Auch dies würde die demokratische Verfasstheit der FF stärken.

d) Investitionen in die FF & Ausstattung der FF

Die Strukturreform muss die FF stärken und darf sie nicht schwächen. Das muss sich auch im Bereich der Ausstattung der FF widerspiegeln. Es darf keine Einsparung an FF-Gebäuden, -Fahrzeugen und –Ausstattung durch die Hintertür geben. Auch sollte der Verdacht, der in manchen Wehren besteht, die Behörde für Inneres wolle das eine oder andere „Filetgrundstück“ anlässlich der Strukturuntersuchung „versilbern“ schleunigst von Seiten der Behördenleitung entkräftet werden.

Eventuelle Einsparungen, die aus durchzuführenden Strukturmaßnahmen resultieren, müssen der Freiwilligen Feuerwehr zugute kommen und reinvestiert werden. Das böte – sogar bei gleich bleibendem Budget – die Möglichkeit, zusätzliche moderne Feuerwehrhäuser zu schaffen, mehr Mittel in die Ausstattung, Ausbildung und Jugendarbeit zu investieren und so die Freiwilligen Feuerwehren auf dem neuesten technischen Stand zu halten und die Motivation der Aktiven zu fördern. Gerade in der Beschaffungsplanung muss die FF aber mehr als bisher aktiv beteiligt werden.

Für die beiden Organisationen - Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr - ist im Interesse der Hamburger Bevölkerung und der Inneren Sicherheit dieser Stadt eine optimale Ausstattung für die Aufgabenerfüllung notwendig. Die technische Ausstattung mit Fahrzeugen und Geräten sollte anhand des Aufgabenprofils der einzelnen Freiwilligen Feuerwehren definiert werden. Dabei sollte die Ausstattung auf gewissen Standards beruhen, jedoch für die einzelnen Wehren je nach Ausrichtung, z. B. für die Erstversorgung, flexibel gestaltet werden können (vgl. S. 106 ff. des Gutachtens). Zum Erhalt der vollen Einsatzfähigkeit sollte es jedoch grundsätzliche Zielsetzung bleiben, dass jede Freiwillige Feuerwehr mit einem eigenen Ausrückbereich über ein eigenes Feuerwehrhaus verfügen und mit zwei Löschfahrzeugen ausgestattet sein muss. Gerade bei den Fahrzeugen ist uns mitgeteilt worden, dass hier Investitionsbedarfe bestehen, da manche Fahrzeuge nur noch mit größten Schwierigkeiten den Unfallverhütungs- und TÜV-Bestimmungen entsprechen würden. Hier besteht – auch aus Sicherheitsgründen - akuter Handlungsbedarf.

Die Ehrenamtlichen haben in vielen Wehren in den vergangenen Jahren in der Regel aus Eigenmitteln oder Spendengeldern erhebliche Investitionen in ihre Infrastruktur, baulichen Anlagen und Freianlagen getätigt. Die Untersuchung und unsere Große Anfrage haben offenbart, dass weder Mummert Consulting noch die Behörde hier einen genauen Überblick über diese wertsteigernden bzw. werterhaltenden Eigenleistungen durch die FF hat. Dies ist bedauerlich und verkennt die großen Leistungen der Ehrenamtlichen. Auch hat es im Reformprozess viel Kritik an der Arbeit der Hamburgischen Immobilien Management Gesellschaft für Polizei und Feuerwehr mbH (MPF) bzgl. der Unterhaltung der FF-Gebäude gegeben. Wir regen daher an zu prüfen, ob und wenn ja, welche Unterhaltungsaufgaben – vielleicht sogar mit Einsparpotential – im Einvernehmen mit der FF auf die einzelnen Wehren übertragen werden können. Dies könnte die Identifikation der Ehrenamtlichen mit „ihrem Feuerwehrhaus“ steigern und zusätzlichen Raum für individuelles Engagement und Kreativität schaffen.

Die Schlagkraft und Aufgabenerfüllung einer Organisation wie der Freiwilligen Feuerwehr hängt auch mit ihren Kommunikationsstrukturen zusammen. Dass eine ver-

Stellungnahme der SPD-Fraktion zur Strukturuntersuchung bei der Freiwilligen Feuerwehr, Seite 6
nünftige IuK-Ausstattung de facto nicht existiert, ist ein unhaltbarer Zustand. Dies hat die SPD-Fraktion bereits mehrfach angemahnt. Insofern werden die Vorschläge zur Ausstattung mit moderner Informationstechnik im Gutachten daher nachdrücklich unterstützt (vgl. S. 180 ff.). Die SPD-Fraktion fordert die Behörde für Inneres daher auf, umgehend für eine zeitgemäße und notwendige IuK – Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr und deren Führungskräfte zu sorgen.

e) Optimierung der Einsatzgestaltung und Koordination mit BF

Die entscheidende Leitlinie für Schlussfolgerungen aus der Strukturuntersuchung sollte sein, die Organisation der Freiwilligen Feuerwehren in Hamburg so zu gestalten, dass die Freiwilligen Feuerwehren möglichst schlagkräftig und effektiv arbeiten können. Dies gilt auch für eine flexibilisierte und optimierte Einsatz- und Aufgabengestaltung. Die Freiwilligen Feuerwehren in Hamburg spielen zusammen mit der Berufsfeuerwehr eine wichtige Rolle bei alltäglichen Einsätzen. Die Freiwilligen Feuerwehren leisten schon jetzt einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit in Hamburg. Gerade die jüngsten Schadenslagen (Unwetter im Juni, Hagelschlag im Juli) haben die Unverzichtbarkeit noch mal bestätigt.

Das Gutachten von Mummert Consulting hält insofern eine weitere Ausdehnung der Unterstützung der Berufsfeuerwehr durch die Freiwilligen Feuerwehren in einigen Bereichen für möglich (vgl. S. 145 ff.); dies sollte durch die Behörde für Inneres zusammen mit der FF geprüft werden. Neben den alltäglichen Einsätzen sind die Freiwilligen Feuerwehren – wie dargelegt - insbesondere auch bei Großlagen bzw. im Katastrophenschutz (z. B. Sturmflut / Deichverteidigung) unverzichtbar. Bei Großlagen sind die Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr rasch stark ausgelastet. In solchen Fällen haben die Mobilisierungskapazitäten der Freiwilligen Feuerwehren und die Wahrnehmung spezifischer Aufgaben als Ergänzungskomponenten bei Großschadensereignissen (Fernmeldedienst, Schwere Bergung, Löschwasserversorgung, Wasserrettung) große Bedeutung. Es wird daher auch begrüßt, die Kompetenz der Freiwilligen Feuerwehren für die Ausnahmefälle der Gefahrenabwehr bei biologischer oder chemischer Bedrohung, bei Dekontamination und Spüren und Messen weiterhin und verstärkt zu nutzen – wie im Gutachten vorgeschlagen (vgl. S. 151 u. 150). Gerade nach dem Wegfall der „Hausbrigade“ in Neugraben/Fischbek ist die Freiwillige Feuerwehr ein zentrales Rückgrat in der Katastrophenabwehr.

5. Fazit

Wir fordern die Behörde für Inneres auf, alles dafür zu tun, dass die Freiwilligen Feuerwehren gestärkt und mit Planungssicherheit aus diesem Reformprozess herausgehen. Die Punkte unserer Stellungnahme können einen Beitrag dazu leisten.

Diese Reformdiskussion hat den Ehrenamtlichen viel abverlangt, viele sind wütend und verunsichert. Das muss ein Ende haben. Menschen, die sich ehrenamtlich und für eine minimale Aufwandsentschädigung für die Sicherheit der Stadt einsetzen, dürfen nicht schlecht behandelt werden - wir müssen dankbar für ihre Leistungen sein. Dies muss sich in der Reformdiskussion und im Ergebnis widerspiegeln. Wir hoffen, dass die Innenbehörde die richtigen Konsequenzen zieht – für die Sicherheit, für die Ehrenamtlichen und für die Menschen dieser Stadt. Die SPD-Fraktion bekräftigt, dass sie weiter fest an der Seite der Freiwilligen Feuerwehren stehen wird.

Hamburg, 13. August 2004

Für die SPD-Fraktion

Dr. Andreas Dressel (MdHB)
Vorsitzender des AK Inneres der SPD-Fraktion